Gevelsberger Zeitung

Amtsblatt der Stadt Gevelsberg. **Gegr. 1878 als Ennepetal-Zeitung.**

General-Anzeiger

Die Gevelsberger Zeitung erscheint werktäglich nachmittags. Bezugspreis: Ins Haus gebracht monatl. 4.50 Mk.; durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. (Postbestellgeld 57 Pfennig). Rotationsdruck und Verlag von Phil. Baltin, Gevelsberg. Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Gevelsberg, Mittelstraße 49. Fernsprecher Nr. 58 u. 59. Telegr.-Adresse: Zeitung Gevelsberg. Postscheckkonto: Köln 15505.

Anzeigengebühren: Für 1 mm Höhe (56 mm breit) 25 Pfg. im Reklameteil (75 mm breit) 1.— Mk. einschließlich Anzeigensteuer. Beilagengebühr 15 Mark das Tausend. Bei gerichtlicher Beitreibung kommt jeder Rabatt in Fortfall. Zeit- und Platzvorschriften werden möglichst berücksichtigt, jedoch ohne Gewähr. Erfüllungsort Gevelsberg. Aus unverlangten Einsendungen erwächst der Schriftleitung oder Geschäftsstelle keinerlei Verpflichtung.

Nr. 26 — Dienstag, den 1. Februar 1921. — 44. Jahrgang

Kurze Tagesmeldungen.

In Berlin ist die Verbandsnote betr. die deutschen Entschädigungsverpflichtungen überreicht worden.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags wurde die Sitzung auf heute nachmittag 4 Uhr zur Entgegennahme einer Regierungserklärung vertagt.

Die Begleitnote Belands zu den beiden der deutschen Friedensabordnung überreichten Noten enthält die Einladung an Deutschland, für Ende Februar bevollmächtigte Vertreter nach London zu entsenden.

Die Entwaffnungsnote des Obersten Rates ist in Berlin übereicht worden.

Wie aus Paris gemeldet wird, soll die Entscheidung des Obersten Rates hinsichtlich der Kontrollbeschlüsse in Spa Mitte März gegen Deutschland fallen, sondern die Gruppe [illegible] für die Verbündeten selber auf der [illegible] Konferenz [illegible] den deutschen Vertretern.

Eine amtliche Bestätigung der Pariser Konferenzbeschlüsse liegt noch nicht vor, doch stehen die mitgeteilten Abmachungen den Tatsachen entsprechen.

Die Zahl der Arbeitslosen in London beträgt rund eine Million.

An die deutsche Delegation!

Bestätigung der Pariser Beschlüsse.

TU. Paris, 31. Jan. Der Text des im Laufe der Konferenz der Alliierten geschlossenen Abkommens ist dem Präsidenten der deutschen Delegation überlandt worden. Der Begleitbrief, der diesem Text beigegeben war, hat folgenden Wortlaut:

Paris, den 29. Januar 1921. Herr Präsident!

Die Konferenz der Alliierten ist in der Zeit vom 24. Januar bis 29. Januar 1921 in Paris zusammengetreten und hat folgende Entscheidung getroffen:

1. Was die Entwaffnung Deutschlands anbelangt, haben die Alliierten die Schlußfolgerung der beiliegenden Note bewilligt.

2. Was die Reparation anbelangt, haben die Alliierten einstimmig die ebenfalls im beiliegenden Dokument enthaltenen Vorschläge bewilligt. Die Alliierten haben zu verschiedenen Malen und heute wieder neue Fristen für die Entwaffnung zugebilligt, und haben damit gezeigt, daß sie die Schwierigkeiten in Betracht ziehen, welche die deutsche Regierung bei der Ausführung ihrer Verpflichtungen hat, welche sich für sie aus dem Vertrage ergeben. Sie haben die feste Hoffnung, daß die deutsche Regierung die Alliierten nicht in die Notwendigkeit versetzt, die schwere Situation ins Auge zu fassen, welche sich ergeben würde, wenn Deutschland darauf beharrt, seinen Verpflichtungen nicht nachzukommen. Die autorisierten deutschen Delegierten werden eingeladen werden, sich Ende Februar mit den Delegierten der verbündeten Regierungen in London zu treffen.

3. Auslieferung und Zerstörung des Kriegsmaterials. Trotz der hohen Zahlen des gegenwärtig ausgeliefernden und zerstörten Materials ist die Entwaffnung Deutschlands weit davon entfernt, beendigt zu sein; im besonderen ergibt sich ein bedeutender Ueberschuß daher kommend, daß die Reduktion auf 100 000 Mann der Heeresstärke nicht mit der Ablieferung des dieser Reduktion entsprechenden Materials Schritt gehalten hat und eine große Menge von Material bei den Truppenbeständen, in den Depots und Arsenalen sich angehäuft hat. Insbesondere verlangt die deutsche Regierung als Ersatz Material oder als Uebungsplätze Quantitäten zu behalten, welche die durch Vertrag festgesetzte weit übersteigen.

Schließlich sind noch viele Waffen in den Händen der Zivilbevölkerung. Andererseits hat die deutsche Regierung in ihrer Note vom 24. 12. 1920 sich geweigert, die Entscheidung der Botschafterkonferenz vom 8. 11. 20 auszuführen und hat die Auslieferung des Artilleriematerials von Küstrin, Boyen und Königsberg aufgeschoben. Wenn die Reichswehr abgelehnt wird, die [illegible] Regierung aufgefordert, die Abstimmung [illegible] Reichswehrgesetzes zu beschleunigen, welches gegenwärtig dem Reichstage vorliegt, nach dem sie die notwendigen Aenderungen vorgenommen hat, um dieses Gesetz in Uebereinstimmung mit dem Friedensvertrag zu bringen. Insbesondere was die Wehrpflicht anbelangt, welche sowohl gegenüber den Staaten, wie gegenüber dem Reich zu unterdrücken ist. Diese Entscheidung soll vor dem 15. 3. 21. getroffen werden, um so die Einzelheiten der Originalisierung der Reichswehr in Uebereinstimmung mit dem Friedensvertrag zu bringen. Insbesondere ist der Ueberfluß an Offizieren und Beamten der Zentralverwaltung zu unterdrücken. Diese Dispositionen sollen vor dem 15. April 1921 getroffen werden.

Zu den Pariser Beschlüssen.

Kabinettsrat in Berlin.

Rücktrittsabsichten des Außenministers?

Berlin, 31. Jan. Trotzdem bis zur Stunde nähere Berichte der in Paris weilenden deutschen Vertreter hier noch nicht eingegangen sind, ist das **Kabinett heute nachmittag um 5 Uhr zusammengetreten,** um zu der Note der Alliierten Stellung zu nehmen. Desgleichen werden auch heute nachmittag die **Fraktionen des Reichstages eine Sitzung abhalten.** Bei den bürgerlichen Parteien geht die Stimmung geschlossen dahin, daß die **Bedingungen der Note unter keinen Umständen angenommen** werden können. Der Reichstagsausschuß hat für morgen vormittag 11 Uhr eine Sitzung anberaumt.

Nach Bekanntwerden der Pariser Beschlüsse war hier ein Gerücht verbreitet, daß Außenminister **Dr. Simons von seinem Posten zurücktreten wolle.** Von sämtlichen Parteien werden Anstrengungen gemacht, ihn von diesem Plan abzubringen. Ob diese Bemühungen Erfolg haben werden, steht noch dahin.

Berlin, 31. Jan. Das Reichskabinett setzte heute nachmittag die Besprechung der Note des Obersten Rates fort. Morgen vormittag wird der Reichsminister des Auswärtigen die **Fraktionsführer empfangen.** Der Auswärtige Ausschuß des Reichsrates tritt im Laufe des morgigen Vormittags zu einer Sitzung zusammen.

Berlin, 31. Jan. Vor der morgigen Reichstagssitzung wird der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten zusammentreten. Minister Simons wird sowohl vor ihm als auch vor den **Fraktionsführern Erklärungen** abgeben.

Die Auffassung der Regierung.

Berlin, 31. Jan. Wie ein Abendblatt aus zuverlässigen parlamentarischen Kreisen erfährt, herrscht in den Regierungskreisen eine **einmütige Auffassung darüber,** daß die Forderungen der Entente, so wie sie auf der Pariser Konferenz präzisiert worden sind, **für Deutschland unerfüllbar sind.** Diese Beschlüsse sind vorderhand interne Entscheidungen der Alliierten, die für sie bei den weiteren Besprechungen eine Grundlage der Diskussion bilden sollen. Wie wir hören, hält man in deutschen Regierungskreisen daran fest, daß die Konferenz der technischen Sachverständigen in Brüssel fortgesetzt werden müsse, und daß die Entscheidungen, wie es in Spa versprochen wurde, in einer in London stattfindenden weiteren Konferenz unter **Teilnahme deutscher Vertreter** getroffen werden müssen. Wie verlautet, steht zu erwarten, daß der Bestand des Kabinetts nunmehr in diesem Sinne gestärkt wird.

Eine neue Krise unter den englischen Bergarbeitern.

Paris, 31. Jan. Nach einer Privat Meldung des „Echo de Paris" aus London droht eine neue Krisis unter den Bergarbeitern. Man behauptet sogar, in der nächsten Zeit könne ein neuer Bergarbeiterstreik ausbrechen. Als Grund gibt der Berichterstatter den **Rückgang der Förderung** infolge Herabsetzung der Ausfuhrpreise an. Man schätzt die Verluste, die die Kohlenindustrie erleidet auf zwei Millionen Pfund Sterling die Woche. Im ersten Mai seit 1915 seien die ungeheuren Gewinne, die erzielt wurden, zurückgegangen. Die Kohlenindustriellen erklärten, daß eine **Herabsetzung der Bergarbeiterlöhne** um etwa 25 Schilling die Woche dringend nötig sei. Wenn der Streitfall nicht in der Konferenz, die demnächst zwischen der Regierung und den extremen Elementen der Bergarbeiter-Konfederation stattfindet, erledigt werde, dann werde ein Streik für März verlangt werden.

Aus dem Reiche.

Die Durchführung des Besoldungsgesetzes.

WTB. **Berlin,** 1. Febr. In letzter Zeit ist beim Reichsminister der Finanzen wiederholt Klage über eine zu **langsame Durchführung des Reichsbesoldungsgesetzes** geführt worden. Demgegenüber weist das Reichsfinanzministerium darauf hin, daß das Ende Dezember vorigen Jahres verabschiedete verbesserte Besoldungsgesetz selbstverständlich zurzeit noch nicht überall durchgeführt sein könne. Bei den umfangreichen Bestimmungen des Besoldungsgesetzes könne nicht erwartet werden, daß innerhalb weniger Wochen nach Verabschiedung des Gesetzes alle Behörden sämtlicher Reichsverwaltungen von ihren Ministerien oder sonstigen Aufsichtsbehörden mit den nötigen Weisungen versehen und alle Folgerungen für jeden einzelnen Beamten gezogen werden. Sowohl die Einreihung in die Besoldungsgruppen wie auch die Festsetzung des Besoldungsdienstalters sei in zahlreichen Fällen mit Schwierigkeiten verbunden, die einer eingehenden Prüfung bedürfen. Der Reichsfinanzminister lege größten Wert auf schnellste Durchführung des Gesetzes und habe soweit seine Zuständigkeit gegeben sei, erneut Weisung zu sofortiger Ausführung gegeben.

Die Teuerungszuschläge für die preußischen Beamten.

Berlin, 31. Jan. Der preußische Finanzminister Lüdemann hat, wie die V. P. K. erfahren, an das preußische Staatsministerium den Antrag gestellt, die neuen **Teuerungszuschläge** der Beamten nach Artikel 55 der preußischen Verfassung auf dem Wege einer Notverordnung zu gewähren. Diese Notverordnung würde nach Ansicht des Ministers der Beseitigung eines ungewöhnlichen Notstandes insofern dienen, als der gegenwärtige Ausgleichszuschlag von gleichmäßig 50 Prozent nicht ausreicht, um der inzwischen immer weiter steigenden Teuerung genügend Rechnung zu tragen, und es auch, nachdem die Bezüge der Beamten in Preußen mit denjenigen der Beamten im Reich grundsätzlich in Uebereinstimmung gebracht worden sind, nicht erträglich sein würde, wenn das Reich einer Erhöhung der Teuerungszuschläge beizutreten beschließe, Preußen aber nicht.

Die Aenderung der preußischen Stempelsteuergesetzgebung.

Berlin, 1. Febr. Heute am 1. Februar treten die von der preußischen verfassunggebenden Landesversammlung in ihrer letzten Sitzung beschlossenen Aenderungen des preußischen Stempelsteuergesetzes in Kraft. Unter einstweiler Zurückstellung einer grundlegenden Neugestaltung des geltenden preußischen Stempelsteuerrechts ist die allgemeine Erhöhung **prozentualer Zuschläge** zu den Steuersätzen der Stempeltarife vorgeschrieben, und zwar soweit die Höhe des im Einzelfall zu erhebenden Stempelbetrages nicht nach dem Wert des Gegenstandes zu berechnen ist, in der Höhe von 300 v. H., im übrigen in der Höhe von 100 v. H. Eine **Ausnahme** gilt für Pacht- und Mietverträge über inländische, nicht land- oder forstwirtschaftliche Nutzungen bietende Grundstücke, Gebäude und Räume, und über inländische, den unbeweglichen Sachen gleichgeartete Rechte, deren Besteuerung auch fernerhin nach den geltenden Tarifsätzen ohne Zuschläge erfolgt. Gleichzeitig tritt eine Aenderung der geltenden **Befreiungsvorschriften** insofern ein, als Urkunden über Gegenstände, deren Wert nach Geld geschätzt werden kann, in Zukunft von der Stempelsteuer befreit sind, wenn dieser Wert 300 Mark (bisher 150 Mark) nicht übersteigt, und Arbeits- und Dienstverträge stempelfrei werden, wenn der Jahresbetrag der Gegenleistung 15 000 Mark (bisher 1500 Mark) nicht übersteigt. Das Gesetz, dessen Ausführung dem Finanzminister übertragen ist, gilt für die Zeit vom 1. Februar 1921 bis zum 31. März 1922.

Verbesserung der Militärrentenbezüge.

Berlin, 1. Febr. Der Kriegsbeschädigtenausschuß des Reichstages kam nach einer Reihe von Sitzungen zu folgendem Ergebnis, das mit Ausnahme der U. S. P. und K. P. D. von allen Parteien angenommen wurde: Die Reichsregierung solle unverzüglich Schritte unternehmen, von der im Paragraphen 87 des Reichsversicherungsgesetzes erteilten Ermächtigung Gebrauch zu machen und 1. die **Teuerungszulagen** mit Wirkung vom 1. Januar 1921 von 25 auf 35 v. H. zu erhöhen, 2. in Paragraph 45, Absatz 2, den Betrag von 1500 Mark auf 3000 Mark zu erhöhen, 3. die Stufen des einkommensteuerpflichtigen Einkommens (Paragraph 63, Absatz 1, Ziffer 1) je um 2000 Mark zu erhöhen. Ein weitergehender Antrag der linken Parteien wurde abgelehnt.

Gesetzlicher Schutz gegen Wahlstörungen.

Berlin, 31. Jan. Angesichts des Umstandes, daß Unabhängige und Kommunisten in letzter Zeit in Parlamenten, Gemeindevertretersammlungen und Wahlversammlungen Störungen hervorgerufen hätten und in den Wochen vor den Wahlen viele Störungen noch vermehren werden, sogar Anzeichen vorliegen, die auf gewaltsame Störungen des Wahlaktes hindeuten, hat die Reichsregierung mit aller Macht entgegenzutreten. Wahlstörungen sind nach dem Gesetz strafbar; in Betracht kommen die Paragraphen über Nötigung und Landfriedensbruch. Wie wir hören, hat die preußische Regierung leider bisher nicht den Mut gefunden, für die kommenden Wahlen Vorbeugungsmaßnahmen zu treffen, und die Polizeiorgane nur angewiesen, Gewalttätigkeiten zu verhindern.

Deutscher Reichstag

Berlin, 31. Januar.

Am Regierungstisch Reichskanzler Fehrenbach, Vizekanzler Dr. **Heinze,** Außenminister Dr. **Simon,** Reichsminister **Koch, Geßler** usw.

Präsident Loebe: Vor Eintritt in die Tagesordnung gebe ich das Wort zu einer Mitteilung dem Herrn Reichsminister des Aeußern.

Reichsminister des Aeußern Dr. **Simons:**

Meine Damen und Herren! Gestern abend ist mir durch Fernschreiber der Wortlaut des Beschlusses genannt worden, den die Pariser Konferenz am Sonnabend gefaßt hat. Das Original der Mitteilung der Konferenz ist dem Vorsitzenden unserer Friedensdelegation in Paris übergeben und wird mir, wie ich annehme, spätestens morgen früh in Händen sein. Ich habe veranlaßt, daß der Inhalt des mir durch Fernschreiber übersandten Textes des Beschlusses sobald als möglich der Presse zugänglich gemacht wird. Das Schriftstück ist sehr lang und gegenwärtig unterliegt es der Beschlußfassung des Kabinetts. Ich habe heute morgen dem Kabinett darüber Vortrag gehalten und werde ihm am Nachmittag fortsetzen. Ich habe nicht die Absicht, schon heute auf den Inhalt einzugehen, will vielmehr nur so viel sagen, daß der Beschluß besteht aus der Note und zwei Anlagen. Die Note nimmt Bezug auf die Anlagen und charakterisiert sie als Beschlüsse, welche gefaßt sind, einerseits in der Entschädigungsfrage, andererseits in der Reparationsfrage. Zur Reparationsfrage ist eine Reihe von Aufzeichnungen beigegeben. Während die Entscheidung in der Entwaffnungsfrage als endgültig bezeichnet wird, sind die Entscheidungen in der Reparationsfrage derart, daß es zunächst Provisorien sind, von denen allerdings gesagt ist, daß sie einstimmig angenommen sind. Gleichzeitig wird die deutsche Regierung eingeladen, qualifizierte Vertreter Ende Februar nach London zu entsenden. Ich bin nicht in der Lage, bevor die Beratungen des Kabinetts abgeschlossen sind, näher auf sie einzugehen und meinerseits Stellung zu nehmen. Es liegt mir aber außerordentlich viel daran, daß sie den vor der Regierung und mir eingenommenen Standpunkt alsbald erfahren. Ich würde es dankbar begrüßen, wenn das hohe Haus beschließen wollte, morgen zu allererster Stelle die Beratung über die Beschlüsse der Pariser Konferenz auf die Tagesordnung zu setzen, so daß wir in der Lage sind, gleichzeitig hier im hohen Hause sowohl von Meierung als auch von Rechts

legsvorlagen mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Ich möchte Sie bitten, daß kein anderer Gegenstand vor diesem Punkte auf die Tagesordnung gesetzt werde und daß uns Zeit gelassen wird, diese wichtige Angelegenheit vorzubereiten und das weitere zu sagen, was irgendwie in Vorschlag gebracht werden soll.

Präsident Löbe: Unter dem Eindruck dieser soeben gehörten Mitteilungen möchte ich Ihnen vorschlagen, in die Beratung der heutigen Tagesordnung nicht einzutreten, sondern die Sitzung jetzt abzubrechen. Für den Fall ihrer Zustimmung möchte ich Ihnen weiter vorschlagen, eine nächste Sitzung abzuhalten am 1. Februar, nachmittags 4 Uhr mit der Tagesordnung:

Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Da ich keinen Widerspruch aus dem Hause höre, darf ich annehmen, daß Sie sich meinem Vorschlag anschließen. Die Sitzung ist damit geschlossen.

Schluß 1.40 Uhr.

Aufruf an die Oberschlesier im Reich.

WTB. Kattowitz, 31. Jan. Oberschlesier im Reich! Am 3. Februar, abends 6 Uhr, werden die Listen der Stimmberechtigten abgeschlossen. **Wer nicht in der Liste steht, darf nicht abstimmen. Unsere Mehrheit bei der Abstimmung muß überwältigend werden. Es darf nicht der geringste Vorwand bleiben, an dem Ergebnis zu deuteln. Um dies zu erreichen, brauchen wir Euch. Ihr Brüder und Schwestern im Reich! Habt Ihr Euch angemeldet zur Eintragung in die Stimmlisten? Wenn nicht, so tut es in letzter Stunde! Tut es noch heute! Allenfalls kommt die Anmeldung noch rechtzeitig, wenn sie am Montag oder Dienstag erfolgt, aber in den letzten Tagen häuft sich die Arbeit so, daß Ihr vielleicht zu spät kommt. Deshalb meldet Euch sofort bei der nächsten Ortsstelle der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier! Landsleute! Brüder und Schwestern! Die Heimat rechnet auf Euch. Die Heimat wartet auf Euch! Für Eure Unterbringung ist alles vorbereitet. Wir Freunden werden wir und ganz Oberschlesien Euch in der Heimat aufnehmen. Wir stehen alle zusammen für die Muttererde. Es geht um unsere gemeinsame Heimat, und es geht um Deutschland! Kommt Alle und stimmt Alle ab! Es ist Eure Pflicht, Ihr müßt sie erfüllen. Aber in die Stimmliste kommt Ihr nur, wenn Ihr Euch anmeldet. Darum noch einmal, meldet Euch sofort!**

Plebiszitkommissariat für Oberschlesien:
Dr. Urbanek.
Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier:
Dr. Lukaschek.

Machtvolle bayerische Kundgebung für Oberschlesien.

WTB. München, 1. Febr. Am Sonntag vormittag hatten sich im großen Saale des Hotels Wagner Tausende von Angehörigen der verschiedensten Berufsstände und Parteien zu einer machtvollen Kundgebung gegen die Vergewaltigung des Abstimmungsrechts in Oberschlesien zusammengefunden. An der Versammlung nahmen unter anderen Präsident von Kahr und Staatsrat Meinel teil. Ein Universitätsprofessor feierte in seiner Begrüßungsansprache, daß jeder Deutsche mit seiner ganzen Kraft sich dafür einsetzen müsse, daß Oberschlesien bei Deutschland verbleibe. Neben England war Deutschland das Ausbeuterland für Kohle. Geht Oberschlesien verloren, so sinkt Deutschland zum Einfuhrland herab, wobei Bayern besonders durch die Ausfuhr betroffen werde. Als zweiter Redner führte Dr. Keller aus Kattowitz aus, was die Hand und die Lunge für den Körper bedeute, das sei Oberschlesien für Deutschland, ohne Oberschlesien sei Deutschland nicht lebensfähig, aber auch im Interesse des europäischen Friedens müsse mit Oberschlesien behalten. Es wurde zum Schluß eine Entschließung an die Reichsregierung einstimmig angenommen, in der schärfster Einspruch gegen die neue Vergewaltigung des Landes und die neuerliche Verletzung der freien, gerechten, unbeeinflußten Abstimmung erhoben und die Reichsregierung aufgefordert wird, sich dem der Gerechtigkeit ins Gesicht schlagenden Akt immungsreglement zu widersetzen.

Monarchistische und republikanische Strömungen in der Deutschen Volkspartei.

Vor einigen Tagen hatte die „Köln. Ztg." ausgeführt es sei wohl nicht angebracht, wenn Redner der Deutschen Volkspartei immer wieder „die Weise von Kaiserhaus, von entschwundener Kaisermacht und -herrlichkeit ertönen" ließen. Solche Hoffnungen zu erwecken ohne Aussicht auf Verwirklichung sei nicht opportun. Zumal die daran anknüpfende Aeußerung des Kölner Organs, unter Umständen für eine erneute Kandidatur Eberts als Reichspräsident einzutreten könnte von rechts und links lebhaft diskutiert und obwohl die parteioffizielle Nationalliberale Korrespondenz, ausdrücklich und mit Schärfe ihrerseits festzustellen, daß die „Köln. Ztg." nicht als Organ der Deutschen Volkspartei zu gelten habe (was angesichts der sonstigen gleichen Parteiüberzeugung unbedingt zutrifft). Die Deutsche Volkspartei denke weder an eine Aufstellung Eberts noch an einen Verzicht auf ihr monarchisches Programm.

Die Schmutzarbeit der Unabhängigen.

Paris, 1. Febr. Der Vertreter des „Matin" in Berlin hatte eine Unterredung mit Eduard Bernstein und Dr. Breitscheid. Bernstein sprach über seine Behauptung, daß die deutsche Regierung Lenin und Trotzki während des Krieges bestochen habe. Die Namen seien gen, die bestochen haben sollen, weigerte er sich zu nennen. Breitscheid erklärte, es sei auf „Manöver deutscher Banken" zurückzuführen, daß die polnische Mark so tief gesunken ist. Man versuche dadurch die deutschen Truppen in Oberschlesien (?) zu unterstützen. Irgendwelche Beweise für die Behauptung erklärte Breitscheid nicht aufbringen zu können, da sich derartige Börsenspekulationen im Dunkeln vollziehen.

Was an den „Enthüllungen" Bernsteins und Breitscheids auf tatsächlicher Grundlage, was dagegen auf Einbildungskraft beruht, das festzustellen, ist augenblicklich nicht möglich. Es muß vorerst das Zeugnis der maßgebenden Stellen und Persönlichkeiten abgewartet werden. Heute kann aber immerhin schon die Frage gestellt werden, was Bernstein und Breitscheid mit dem Aufrühren des Gegenstandes eigentlich bezwecken, und ob sie etwa der Meinung sind, Deutschland damit zu nützen.

Französische Paßschikane.

Aus Wiesbaden schreibt man der „Rhein.-Westf. Ztg.":

Vor kurzem wurde auf der elektrischen Bahn Biebrich-Wiesbaden am frühen Morgen, als hauptsächlich Schulkinder die elektrische Bahn benutzten, ein Wagen angehalten und die Insassen von französischen Posten auf ihre Ausweise geprüft. Die Personen, darunter eine große Anzahl Schulkinder, mußten den Weg nach Wiesbaden zu Fuß zurücklegen und wurden dort von 9 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags eingesperrt, ohne daß ihnen Essen oder die Möglichkeit, die Angehörigen zu verständigen, gegeben worden wäre. Unter den Eltern der festgehaltenen Kinder, die gerüchtweise von dem Vorfall hörten, herrschte natürlich eine ungeheure Erregung über das Schicksal der Kinder. Wenn auch den französischen Behörden leider das Recht der Paß- oder Ausweiskontrolle nicht verwehrt werden kann, so kann doch gegen die Art der Behandlung von größtenteils Schulkindern nicht nachdrücklich genug protestiert werden.

Die Stillegung der englischen Schiffbauindustrie.

Rotterdam, 1. Febr. Die englischen Schiffsbauer erklären, daß nicht nur die hohen Baupreise schuld sind an der traurigen Lage der Schiffsbauindustrie, sondern vor allem die Tatsache, daß die Regierung die 400 deutschen Schiffe habe verkaufen lassen. Dadurch habe sie die britische Schiffsbauindustrie ruiniert. Die Schiffsbauer haben an die Regierung eine Erklärung geschickt, in welcher sie sagen, daß nach ihrer Auffassung die 300 000 Tonnen Schiffsraum, welche Deutschland noch abzuliefern habe, von England jedenfalls nicht gewünscht würden.

Das Rüstungsfieber.

TU. Mailand, 1. Febr. Der ehemalige italienische Ministerpräsident Nitti erklärte einem amerikanischen Journalisten folgendes: **Noch niemals wurde in Europa so viel Geld für Rüstungen verschwendet wie heute. Europas gesamter moralischer und intellektueller Verfall hat begonnen.** Die großen und kleinen Völker sind von imperialistischen Ideen angesteckt und **jeder Staat rüstet, weil die andern Staaten auch rüsten.**

(Das sollten sich unsere unverbesserlichen und unbelehrbaren, völkerverbrüderungsseligen Pazifisten merken. D. Schriftl.)

Kundgebung Hardings für den nordamerikanischen Flottenbau.

New-York, 1. Febr. Das amerikanische Marineblatt „Our Navy" veröffentlicht ein Schreiben des neuen Präsidenten Harding, in dem es heißt, die amerikanische Flotte solle eine große Schutzmauer um Amerika in einem künftigen Kriege bilden. In dem vergangenen Kriege seien die Verbündeten durch ihre Uebermacht zur See Sieger geblieben. Eine große Flotte ermögliche es, ein Heer über See zu senden, wenn es sich als notwendig erweisen sollte. Solange eine nationale Verteidigung notwendig sei, müsse die amerikanische Flotte nicht nur in ihrer materiellen Stärke, sondern auch in ihrer Moral und in der Fähigkeit ihrer Offiziere und Mannschaften aufrechterhalten bleiben.

Aus dem Stadtparlament.

Der neue Bürgermeister.

cl. Gevelsberg, 31. Januar.

Beig. Müller eröffnete die Sitzung um 3,20 Uhr.

Punkt 1: Bürgermeisterwahl.

Beig. Müller teilt mit, daß schon in der letzten Stadtverordnetensitzung die Wahl des neuen Bürgermeisters habe vorgenommen werden sollen, doch sei es nicht dazu gekommen, da die bürgerlichen Stadtverordneten infolge des Verlassens des Sitzungssaales die Beschlußunfähigkeit herbeiführten. Auf Grund der Städteordnung sei die heutige Sitzung ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlußfähig. Seit 15 Monaten habe er die Amtsführung der Stadtverwaltung ausgeübt. Es sei ihm infolge der Fülle der Verwaltungsgeschäfte nicht immer möglich gewesen, den Obliegenheiten, die an ihn herantraten, in dem Maße gerecht zu werden, wie er das im Interesse der Stadt gewünscht hätte. Da die Verwaltungsgeschäfte nicht vernachlässigt werden dürften, sei nur der Ausweg einer baldigen Bürgermeisterwahl übrig geblieben. Er habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß in einer Stadtverwaltung, deren Stadtvorstand aus 2 Beigeordneten bestehe, mindestens ein Jurist tätig sein müsse. Die Stelle des Bürgermeisters sei daher auch mit dem Hinweis auf einen Juristen und dem Hinzufügen, daß bei zwei gleichwertigen Bewerbern derjenige, der Sozialist sei, den Vorzug habe, ausgeschrieben worden. Diese Art der Stellenausschreibung sei auf besonderen Wunsch der Stadtverordneten, als der berufenen Vertreter der Bürgerschaft geschehen. Die Interessen der Bürgerschaft konnten es verlangen, daß an der Spitze der Stadtverwaltung ein Mann stehe, der mit den breiten Massen der Bürgerschaft denken und fühlen könne. Trotz der republikanischen Staatsform und der allgemeinen Demokratisierung habe ein erheblicher Teil der Bevölkerung, namentlich die Arbeiterschaft, das Gefühl, als ob deren Interessen immer noch stiefmütterlich behandelt würden. Da der sei es nicht möglich gewesen, den Stadtvorsteher einen juristisch vorgebildeten Persönlichkeit im Sinne der Stellenausschreibung für die Stelle des Bürgermeisters vorzuschlagen. Im Anschluß an die letzte Stadtverordnetensitzung schrieben auswärtige bürgerliche Zeitungen inbezug auf die schon neulich beabsichtigte Bürgermeisterwahl von einer „Wahlkomödie". Er erhebe gegen diese Art der Bezeichnung Einspruch, da die Sache sehr ernst sei. Das einfache Anstandsgefühl müsse eine derartige Bezeichnung verbieten. Für die bürgerlichen Stadtverordneten seien für ihre Nichtbeteiligung an der Bürgermeisterwahl kleinliche Gründe maßgebend gewesen. Die Allgemeinheit habe ein Recht darauf, daß ihre Interessen nicht Schaden litten. Eine solch kleinliche Handlungsweise, wie sie von Seiten der bürgerlichen Stadtverordneten in der Frage der Bürgermeisterwahl getrieben würde, führe zu Verbitterung auf der anderen Seite. Durch derartige Verbitterung sei schon manches Unheil herbeigeführt worden. Er müsse die Haltung der bürgerlichen Stadtverordneten als eine Nadelstichpolitik bezeichnen. Die Erbitterung andersdenkender Bevölkerungskreise schaffe sich einen Ausweg. Trotzdem dürfe gleiches nicht mit Gleichem vergolten werden.

Stadtv. Heukeroth berichtet über das Ergebnis des seinerzeit gewählten Ausschusses, der die Prüfung der eingegangenen Bewerbungen vornahm. In der letzten Stadtverordnetensitzung habe man die bürgerlichen Stadtverordneten um ihre Mitarbeit in dem Prüfungsausschuß gebeten. Bei früheren Bürgermeisterwahlen habe die Linke stets mit der Rechten gemeinsam gearbeitet. Seine engeren politischen Freunde hätten bei solchen Gelegenheiten nie versagt. Daß die Verhältnisse jetzt seitdem im Stadtverordnetenkollegium andere Mehrheitsverhältnisse eingetreten seien, anders seien, könne er nicht als die Schuld der Sozialdemokraten bezeichnen. Da die bürgerlichen Stadtverordneten aus Kleinlichkeitsgründen die Mitarbeit im Prüfungsausschuß ablehnten, haben die Sozialdemokraten die Sache eben allein machen müssen. Früher habe man seine politischen Freunde zu keiner Mitarbeit in städtischen Ausschüssen zugelassen. Höchstens in untergeordneten Ausschüssen sei eine Mitarbeit möglich gewesen. Nicht einmal in dem Schulausschuß sei sozialdemokratische Wirksamkeit ermöglicht gewesen. In dem unverschämten Maß von Rechtsanmaßung wie des früher von bürgerlicher Seite bei bürgerlicher Mehrheit der Fall war, werde es im Zeichen der augenblicklichen sozialdemokratischen Stadtverordnetenmehrheit niemals kommen. Namentlich während des Krieges habe die damalige bürgerliche Mehrheit alles für ihre Interessen ausgenutzt. Jetzt seien die Sozialdemokraten in der Lage, die Interessen der Bürgerschaft zu vertreten. Er habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß in einer Stadtverwaltung, deren Stadtvorstand aus 2 Beigeordneten bestehe, mindestens ein Jurist tätig sein müsse. Die Stelle des Bürgermeisters sei daher auch mit dem Hinweis auf einen Juristen und dem Hinzufügen, daß bei zwei gleichwertigen Bewerbern derjenige, der Sozialist sei, den Vorzug habe, ausgeschrieben worden. Diese Art der Stellenausschreibung sei auf besonderen Wunsch der Stadtverordneten, als der berufenen Vertreter der Bürgerschaft geschehen. Die Interessen der Bürgerschaft konnten es verlangen, daß an der Spitze der Stadtverwaltung ein Mann stehe, der mit den breiten Massen der Bürgerschaft denken und fühlen könne. Trotz der republikanischen Staatsform und der allgemeinen Demokratisierung habe ein erheblicher Teil der Bevölkerung, namentlich die Arbeiterschaft, das Gefühl, als ob deren Interessen immer noch stiefmütterlich behandelt würden. Da der sei es nicht möglich gewesen, den Stadtvorsteher einen juristisch vorgebildeten Persönlichkeit im Sinne der Stellenausschreibung für die Stelle des Bürgermeisters vorzuschlagen. Im Anschluß an die letzte Stadtverordnetensitzung schrieben auswärtige bürgerliche Zeitungen inbezug auf die schon neulich beab-

Die Briefe der Prinzessin.

Von E. Ph. Oppenheim.

7) (Nachdruck verboten.)

Jedenfalls war seit langer Zeit in der Reichshauptstadt kein Verbrechen verübt worden, dessen Erörterung den mehr oder weniger scharfsinnigen Kombinationen findiger Köpfe so viel Spielraum gelassen hätte, wie diese unter dem Schutze der Nacht begangene Bluttat. Und es konnte darum nicht wundernehmen, daß heute, am zehnten Tage nach dem Morde, auch am „Tische des Oberstleutnants" im „Klub der Dreißig" von nichts anderem gesprochen wurde.

Mit dem „Klub der Dreißig" und dem „Tisch des Oberstleutnants" aber hatte es folgende Bewandtnis.

Eine Anzahl von Herren verschiedenen Alters und verschiedener Lebensstellung, wenn auch in der Mehrheit dem künstlerischen und schriftstellerischen Berufe angehörig, war durch den Zufall Monate hindurch um die Mittagszeit im Hinterzimmer einer renommierten Weinstube der Potsdamer Straße zusammengeführt worden. Die auf diese mannigfachsten Interessengebiete hinübergreifenden Tischgespräche hatten allgemach zur Anknüpfung näherer Bekanntschaften geführt, und man war einander schließlich so nahe gekommen, daß das Eindringen neuer Elemente in das bewußte Hinterzimmer geradezu als eine lästige Störung empfunden wurde. Mit allgemeiner Zustimmung war es darum begrüßt worden, als das älteste und angesehendste Mitglied der Tafelrunde, der pensionierte Oberstleutnant Arnstorf, eines Tages den Vorschlag machte, man solle sich zu einem geschlossenen Klub vereinigen, der keinen anderen Zweck als dem des geselligen Beisammenseins dienen und seinen Mitgliedern ein ungestörtes Behagen gewährleisten solle, als es in jedem zugängliches Restaurant zu bieten vermöge.

Nach hatte man sich über die Statuten und Einrichtungen des neuen Klubs verständigt, und hatte ihm mit Rücksicht auf die einhellig angenommene Bestimmung, daß der Mitgliederbestand niemals über die Zahl dreißig hinausgehen dürfe, den etwas farblosen Namen „Klub der Dreißig" gegeben. Im ersten Stockwerk des Hauses, dessen Parterreräume die erwähnte Weinstube inne hatte, war eine Reihe von Zimmern gemietet und den Zwecken des Klubs entsprechend ausgestattet worden. Man hatte nach den sachkundigen Angaben des immer geschäftigen und immer dienstbereiten Oberstleutnants einen hübschen, eleganten Speiseraum, einen überaus behaglichen Rauchsalon, ein Lesekabinett und ein Billardzimmer geschaffen, und damit den zumeist unverheirateten Klubgenossen alles geboten, was ein Junggesellenleben gemütlich und angenehm gestalten kann.

Als die größte Annehmlichkeit freilich wurde von den Mitgliedern die Gewißheit empfunden, sich hier immer inmitten einer sympathischen Gesellschaft geistvoller Männer bewegen, deren verschiedene Lebensstellung von vornherein jede eintönige Fachsimpelei ausschloß und deren Gesichtskreis weit genug war, um dem Gedankenaustausch immer neue Anregung und immer neuen Reiz zu sichern.

Man verfuhr bei der Aufnahme überaus rigoros, und eine einzige schwarze Kugel, die sich bei der Abstimmung in der Wahlurne vorfand, verschloß dem Bewerber für immer den Eintritt in die Klubräume. Aber man ließ sich bei der Beurteilung eines neuen Klubkandidaten einzig von dem Wert oder Unwert seiner persönlichen Eigenschaften, nicht aber von dem größeren oder geringeren Ansehen, das er draußen in der Welt genoß, oder gar von einer engherzigen Rücksicht auf seine Vermögensverhältnisse leiten. Besonders willkommen waren junge, aufstrebende künstlerische Talente von tüchtigem Charakter und ernstem Wollen, für deren Aufnahme namentlich der Oberstleutnant immer mit dem größten Eifer bemüht war, und die alsdann sicher sein durften, von seiten des Klubs jede nur mögliche Förderung und Unterstützung zu erfahren.

Mit der äußeren Form wurde es nicht allzu streng genommen, und wenn es auch von vornherein als ganz selbstverständlich anzusehen worden war, daß die Leitung des Klubs in keinen anderen Händen als in denen des Oberstleutnants liegen dürfe, so war von seinem Regiment doch kaum etwas anderes zu spüren, als daß jederzeit alles wie am Schnürchen ging, daß es um Bedienung und Verpflegung aufs beste bestellt war, und daß jede, auch die leiseste Störung der allgemeinen Harmonie durch den nie versagende Liebenswürdigkeit und Herzensgüte in den allermeisten Fällen schon wieder beseitigt war, ehe andere als die unmittelbar Betroffenen davon Kenntnis erhalten hatten.

Natürlich hatte es nicht ausbleiben können, daß sich innerhalb der Dreißig mit der Zeit kleinere Gruppen bildeten, die untereinander einen engeren und vertraulicheren Verkehr unterhielten als mit den übrigen. Und eine solche Gruppe war es, die man im Klub kurzweg als den „Tisch des Oberstleutnants" zu bezeichnen pflegte. Sie fand sich Tag für Tag in demjenigen behaglichen Winkel des Rauchzimmers zusammen, und bestand außer dem Klubpräsidenten selbst, in der Hauptsache aus dem neuerdings in der Oeffentlichkeit vielfach mit Auszeichnung genannten Schriftsteller Heinz Hollefeld, aus dem talentvollen, vielversprechenden Bildhauer Kurt Hainau und dem Dr. Gregor Dombrowski, der sich bei seinem Eintritt in den Klub als Privatgelehrter bezeichnet hatte.

Auch heute waren es diese vier, die in ihrer gewohnten traulichen Ecke Platz genommen hatten, um bei Kaffee, Zigarren und Zigaretten ein Stündchen des späten Nachmittags zu verplaudern.

Auf den ersten Blick konnte die kleine Gesellschaft freilich als bunt genug zusammengesetzt erscheinen, denn es war schwer, sich größere Verschiedenheiten vorzustellen, als sie in dem Aeußern dieser Herren zutage traten.

nicht Hol gegen Hol. Weil seine politischen Freunde in der Mehrheit seien, wolle man diese Mehrheit auch ausnutzen. Für die bürgerlichen Stadtverordneten seien nur sachenscheinige Gründe maßgebend, um die Beteiligung an der Bürgermeisterwahl abzulehnen. Man hoffe auf Stadtverordnetenwahlen, die wieder eine bürgerliche Mehrheit bringen sollen. Ein Hinausschieben der Bürgermeisterwahl bis zu solchem Zeitpunkt sei eine Riesendummheit, die die Sozialdemokratie nicht mitmachen werde. Als in der letzten Stadtverordnetensitzung der von bürgerlicher Seite gestellte Vertagungsantrag abgelehnt wurde, blieb nichts anderes übrig, als wie die Sache allein zu machen. Der Ausschuß habe eine gewissenhafte Prüfung der eingegangenen Bewerbungen unter dem Gesichtspunkt, daß der zu Wählende ein Sozialdemokrat von reinstem Wasser, also kein Novembersozialist, sein müßte vorgenommen. Bei keinem der Bewerber traf das zu und da sich niemand fand, der den verlangten Bedingungen entsprach, so schlage der Ausschuß, da auch die Meldung des Beig. Müller vorlag, diesen für den Bürgermeisterposten vor. Es komme noch hinzu, daß die bürgerlichen Stadtverordneten gegen die Person des Beig. Müller nichts einwenden konnten. Ja, man erkenne seine gewissenhafte Tätigkeit im Dienste der Stadt an. Beig. Müller habe bisher zur Zufriedenheit der Stadt, namentlich auch der finanziellen Seite hin gearbeitet. Für die Bürgerlichen habe das Wort „freie Bahn dem Tüchtigen" nur dann Geltung, wenn es sich um einen Bürgerlichen handele. Jetzt haben wir Sozialdemokraten die Mehrheit, wir handeln bei unserer Wahl den bürgerlichen Stadtverordneten gegenüber nicht aus Rache, sondern weil wir mit dem Beig. Müller zufrieden sind. Die bürgerlichen Gründe gegen die heute vorzunehmende Bürgermeisterwahl sind alle hinfällig.

Stadtv. Hedstück: Als Stadtverordnete haben wir die Pflicht, den von auswärtigen bürgerlichen Zeitungen nach der letzten Stadtverordnetensitzung gebrauchten und mit „Wahlkomödie" bezeichneten Stadtverordnetenbericht auf das entschiedenste zurückzuweisen. Der Schreiber dieses Berichtes, der wahrscheinlich ein bürgerlicher Stadtverordneter ist, führt eine Hanswurstiade auf. Im übrigen sei es ihm ganz gleichgültig wie auswärtige Zeitungen über die Bürgermeisterwahl dächten. Der bürgerlichen Gesellschaft komme es nur darauf an, die Nichtbesitzenden rechtlos zu machen.

Stadtv. Heuteroth schließt sich den Ausführungen des Stadtv. Hedstück bezüglich der „Wahlkomödie" vollinhaltlich an und stellt den betreffenden Berichterstatter öffentlich als Hanswurst hin. Die Bürgermeisterwahl ist uns durchaus ernst.

Die dann folgende Bürgermeisterwahl hat das Ergebnis, daß Beig. Müller mit allen abgegebenen 15 Stimmen zum Bürgermeister gewählt wird.

Beig. Müller dankt für das ihm entgegengebrachte Vertrauen, das er zu rechtfertigen hofft. Er gibt dann die Erklärung ab, daß und warum er mitgewählt habe. Er hätte einen weißen Stimmzettel abgegeben, wenn ihm seine Partei in seiner gleichzeitigen Eigenschaft als Stadtverordneter das Wahlrecht nicht zur Wahlpflicht gemacht habe.

Beig. Arndt beantragt für die nächste Stadtverordnetensitzung die Ausschreibung einer juristischen Beigeordnetenstelle. Nachdem Beigeordneter Müller nunmehr zum Bürgermeister gewählt sei, müsse die Stelle eines juristischen Beigeordneten geschaffen werden. Das müsse aber alles sehr schnell geschehen, damit alles zum Nutzen der Stadt ausgeführt werde.

Beig. Müller schließt sich den Ausführungen des Beig. Arndt an. Evtl. könne zunächst auch nur ein juristischer Hilfsarbeiter in Frage kommen, der dann später zum juristischen Beigeordneten gewählt werde. Er teilt auch noch mit, daß der Kreisausschuß inzwischen den in der vorigen Sitzung geänderten Beschluß bezüglich des reichskommunalen Steuergesetzes genehmigt habe.

Schluß der Sitzung 4 Uhr.

Aus Stadt und Land.

Gevelsberg, den 1. Februar.

Zur Bürgermeisterwahl.

Gevelsberg hat wieder einen Bürgermeister! In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung ist, während die bürgerlichen Stadtverordneten ihr ferngeblieben waren, durch die beiden sozialdemokratischen Fraktionen der bisherige besoldete Beigeordnete Müller zum Bürgermeister bestellt worden. Damit hat die Zeit des Interregnums, des Fehlens eines verfassungsmäßig vorgesehenen Stadtoberhauptes nach 1½jähriger Dauer ihr Ende erreicht. Daß dieser Zwischenzustand kein idealer war, daß er auf die Dauer nicht beibehalten werden konnte, wird kein Einsichtiger bestreiten. Unerträglicher aber noch ist die Art und Weise, wie ihm ein Ende bereitet worden ist. Es kann und darf nicht stillschweigend hingenommen werden, daß die beiden sozialistischen Fraktionen ihre auf einer Stimme basierende und tatsächlich nicht mehr begründete augenblickliche Mehrheit dazu benutzt haben, sich die Leitung der Stadtgeschäfte auch über die jetzige Dauer ihrer parlamentarischen Herrschaft hinaus zu sichern, ohne daß der bürgerlich gesinnten Hälfte der Einwohnerschaft überhaupt die Möglichkeit gegeben war, für Bewerber einzutreten, die nicht nur vom Standpunkt der Parteipolitik geeignet erschienen. Die Ausschaltung des neuen Bürgermeisters hat Vieles gegen sich, was einer bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit durchaus gerecht zu bleiben. Die gewürdigen ist in diesem Zusammenhang nicht die richtige Gelegenheit. Es handelt sich hier nicht um die Frage, ob sich Herr Müller an und für sich für den Bürgermeisterposten eignet — diese Eignung soll ihm unsererseits nicht abgesprochen werden — sondern ob die Rechte eines — wenn nicht des größeren Teiles der Einwohnerschaft einfach so völlig außer Acht gelassen werden dürfen, wie es in diesem Falle geschehen ist. Nicht die sozialistischen, sondern die bürgerlichen Einwohner haben das Recht, sich beschwert zu fühlen, und wenn Herr Müller von einer „Verbitterung" gesprochen hat, so hat er augenscheinlich die Parteirollen verwechselt. Man braucht in der sog. Ausschreibung nicht einmal zwischen den Zeilen zu lesen, um zu erkennen, daß es der sozialistischen Mehrheit nicht so sehr darum zu tun gewesen ist, den tüchtigsten Bewerber auf Grund seiner Fähigkeiten und Leistungen zu wählen, sondern die Stelle mit einem gesinnungstüchtigen Parteigenossen, einem „Sozialisten von reinstem Wasser", wie Herr Heuteroth sich ausdrückte, zu besetzen. Und verheißungsvoll flüstete Herr Arndt den Schleier der Zukunft, indem er an die Gegenleistung für den mehrheitssozialistischen Bürgermeister, den (unabhängigen) juristischen Beigeordneten, erinnerte und „schnellste" Besetzung auch dieser Stelle forderte. Zu einer solchen offenkundigen und einseitigen Parteipolitik durch Teilnahme an der gestrigen Wahl mitzuwirken, und ihr dadurch wenigstens äußerlich den Anschein der Beteiligung der gesamten Bürgerschaft zu geben, mußte den bürgerlichen Stadtverordneten das einfachste Gebot der Selbstachtung verbieten. Hätten sie anders gehandelt, so wäre der gestrige Akt im Sitzungssaale unseres Rathauses erst wirklich das geworden, was die sozialdemokratischen Redner immer wieder entschieden ablehnten, eine „Wahlkomödie".

*

— **Bestandenes Examen.** Kund, med dent, Walter Westebbe, Sohn des Bauunternehmers Heinrich Westebbe, hat sein zahnärztliches Hauptexamen an der Universität Berlin mit „gut" bestanden.

— **Die „Wirtschaftliche Vereinigung Kriegsbeschädigter und Hinterbliebener Gevelsberg"** veranstaltete vergangenen Freitag in ihrem Vereinslokal Hackenberg für ihre Mitglieder einen plattdeutschen Vortragsabend. Es war der Vereinigung gelungen, den bekannten Milsper Lehrer Schwerter als Vortragenden zu gewinnen. Schwerter brachte die verschiedensten Proben plattdeutscher Literatur zum Vortrage, heitere und humorvolle Sachen in Vers und Prosa, die seinen Zuhörern bald ein stilles Lächeln bald ein herzhaftes Lachen abnötigten. Reicher Beifall dankte dem Vortragenden für die genußreichen Stunden, die er seinen Zuhörern bereitet hatte. An den Vortrag schloß sich noch ein längeres gemütliches Beisammensein. — Als zweite Veranstaltung dieser Art wird Ende Februar ein musikalischer Abend stattfinden.

— **Die Deutsch-demokratische Partei Gevelsberg** hielt gestern abend eine verhältnismäßig gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Die Wahl des Vorstandes ergab die Wieder- bezw. Neuwahl folgender Herren: Theodor Buschhaus 1., Lehrer Eickel 2. Vorsitzender, H. Mollenkopf Kassierer, Otto Hesterberg Schriftführer. Der Arbeitsausschuß wurde ebenfalls wiedergewählt und durch Zuwahl aus den einzelnen Wahlbezirken ergänzt, ebenso wurde der Vertrauensmännerapparat neu ausgestellt. Nach Erstattung des Berichtes über den Bezirksparteitag erfolgte eine eingehende Besprechung der bevorstehenden Wahlen zum preußischen Landtag, Provinziallandtag und zum Kreistag. Die Einmütigkeit ergab, daß alles daran gesetzt werden müsse, um der demokratischen Sache auch bei diesen Wahlen zum Erfolge zu verhelfen. Es sei schon heute darauf hingewiesen, daß in allernächster Zeit der Spitzenkandidat der deutsch-demokratischen Landtagsliste, Herr Landgerichtsrat Dr. Höpker-Aschhoff, Bochum in öffentlicher Versammlung reden wird. Nach Erledigung verschiedener anderer Punkte wurde die anregende Versammlung geschlossen.

— **Reichskanzler a. D. Bauer** in Gevelsberg. Gestern abend eröffnete die sozialdemokratische Partei mit einem Vortrag einer ihrer „Kanonen", eines der Revolutions„reichskanzler" a. D. Gustav Bauer, den Wahlkampf, um einmal Ueberschau über diejenigen zu halten, die den Rechtssozialisten noch geblieben sind. Der Saal im Gasthof „Zur Hause" war gut besetzt, doch war die Zusammensetzung der Besucher nicht so, daß die Veranstalter des Abends die Besucher restlos zu den Übrigen zählen konnten. Auf Grund wiederholter Beifalls- bezw. Mißfallensunterbrechungen war festzustellen, daß ein sehr erheblicher Teil der Besucher aus unabhängigem und kommunistischem Lager stammte. Auch bürgerlich denkende Kreise waren zahlreich vertreten. Was die Ausführungen des Redners betrifft, soweit wir sie anhörten, so waren sie derartig gehalten, daß irgend ein demokratisch gesonnener Bürgerlicher mit gleichen Worten dasselbe hätte sagen können. Im übrigen setzte sich der Redner in recht geschickten, wirkungsvoller Weise mit den Unabhängigen und Kommunisten auseinander. Den Letzteren wies er mit recht viel Beweiskraft die ganze Unsinnigkeit ihres russischen Ideals nach. Wie wir hören, erreichte die Versammlung, in welcher auch kommunistische und unabhängige Redner ausgiebig zu Wort kamen, erst in später Stunde ihr Ende.

— **Ein Erlaß des Kultusministers zu den Landtagswahlen** hat folgenden Wortlaut: „Für die bevorstehenden Landtagswahlen erinnere ich an meinen Erlaß vom 8. Januar 1919 — U II 53 —, worin ich weitgehendes Entgegenkommen gegenüber allen Parteien bei Gesuchen um Ueberlassung von Schulräumen zu Wahlversammlungszwecken empfohlen habe. Auch jetzt wiederhole ich, daß allen politischen Richtungen gegenüber peinliche Unparteilichkeit zu beobachten ist. Wollen sich die Verfügungsberechtigten über die Schulräume (Schulvorstände, Magistrate, Schulleiter pp.) für alle Fälle die Erstattung der Kosten sichern, welche durch die Reinigung, Heizung und Beleuchtung, sowie auch durch etwaige Beschädigungen in den Schulräumen (Einrichtungsgegenstände, Fensterscheiben) entstehen, so bestehen keine Bedenken dagegen, daß sich die Ueberlassung der Schulräume von der Hinterlegung eines angemessenen Betrages seitens der Saalmieter abhängig machen. Für die Ueberlassung von Schulräumen ist auch jetzt wieder selbstverständlich Voraussetzung, daß der Schulunterricht in keiner Weise gestört wird.

Kapital und Kapitalertragssteuer.

Ein verhängnisvoller Irrtum.

Noch immer herrscht im großen Publikum über die durch die Finanzreform neu eingeführte Kapitalertragssteuer erhebliche Unklarheit, die mitunter in erstaunlicher Weise zutage tritt. Vielfach wird nämlich angenommen, daß **10 Prozent von jeder** bei einer **Sparkasse** oder einem sonstigen Geldinstitut **angelegten Summe** dem Staat verfallen; und im Volksmunde gilt daher der Ausspruch: „Behaltet Euer Geld zu Hause, wer 1000 Mark auf die Sparkasse oder die Bank trägt, bekommt nur 900 Mark zurück, 100 Mark behält der Staat für sich." Diese Anschauung ist natürlich **gänzlich falsch.** Die Kapitalertragssteuer, die bekanntlich 10 Prozent beträgt, wird, wie der Name besagt, auf das Einkommen aus dem **Ertrage** von Kapitalanlagen, also in der Hauptsache auf **Dividenden** und **Zinsen** gelegt und **nur von den Zinsen** entnommen. Ein Beispiel möge die 10prozentige Kürzung veranschaulichen. Jemand legt ein Kapital von 5000 ℳ auf Zins bei einer Bank oder Sparkasse zu 4 Prozent an. Er bekommt von diesem Kapital an Zinsen jährlich 200 Mark. Diese Zinssumme wird von dem Bankinstitut für das Reich um 10 Prozent Kapitalertragssteuer gekürzt. Der Einleger erhält also nicht jährlich 200 ℳ, sondern nur 190 ℳ ausbezahlt, während die Bank oder Sparkasse 20 Mark an den Staat abführen muß.

Es ist also gerade so, als ob der Einleger sein Kapital anstatt mit 4 Prozent mit 3,6 Prozent verzinst erhält. Der für ihn infolge der Kapitalertragssteuer entstehende **Zinsverlust** beträgt also nicht 10 Prozent, sondern 0,4 Prozent. Die 4prozentige Kapitalanlage verzinst sich, wie erwähnt, daher mit 3,6 Prozent, dementsprechend eine 3½prozentige mit 3,15 Prozent, eine 3prozentige mit 2,7 Prozent.

Nun verzinsen sich jedoch bei dem augenblicklichen Stand der Rentenpapiere die meisten Anlagen erheblich höher, mit 4½ bis 5 Prozent, so daß die Verzinsung trotz der Kapitalertragssteuer in den meisten Fällen noch immer über 4 Prozent beträgt.

Die Kapitalertragssteuer, die in gewissem Sinne an die Stelle der früheren Vermögenssteuer getreten ist, ist deshalb gerechter als diese, da sie sich nach der Höhe der Kapitalbeträge bemißt. Sie trifft auch nur das bewegliche, d. h. das geldliche Vermögen, während die Vermögenssteuer auch den Grundbesitz erfaßte. Im höchsten Grade kurzsichtig ist daher, wenn Inhaber von Kapitalien ihr Geld zu Hause aufheben oder gar Bankguthaben abheben, das Geld im Strumpf trägt selbstverständlich keine Zinsen und das Aufbewahren im Kasten schwächt die deutsche Wirtschaft weiter. Alle diejenigen, die so handeln, schädigen das allgemeine Wohl und noch mehr sich selbst.

Theater und Musik.

Die Theatergesellschaft „Gemütlichkeit" hatte Sonntag wieder einmal einen großen Tag. Schon eine Stunde vor Beginn der Vorstellung war der große Buschmann'sche Saal bis auf den letzten Platz besetzt. Es wurde die hübsche Operette „Bänzerliesel", von Georg Nicke gegeben. Die schwere Aufgabe, welche sich die Gesellschaft gestellt hatte, ist ihr restlos gelungen. Alle hochgespannten Erwartungen sind weit übertroffen worden. Sämtliche Mitspielenden haben zu dem prächtigen Gelingen beigetragen und ihr Bestes gegeben, sowohl in Spiel, wie in Gesang. Die Ausstattung war überreichend gut; sie war angetan, auch den verwöhnten Theaterbesucher vollauf zufrieden zu stellen. Ebenso ließ die Beleuchtung nichts zu wünschen übrig. Die Musik lag in den bewährten Händen des Schwelmer Salon-Orchesters. Die Hauptrolle, die „Bänzerliesel", spielte die Kammersängerin Fräulein Jlotta Magnano, vom Kasseler Stadttheater. Es war ein glücklicher Griff, den die Gesellschaft mit der Verpflichtung dieser Künstlerin getan hatte. Spiel und Gesang waren eine Glanzleistung. Selbst, wenn die übrigen Rollen in weniger guten Händen gelegen hätten, hätte Spiel und Gesang dieser Künstlerin die Aufmerksamkeit des Publikums über alles Mangelnde hinweggerissen. Doch mit Genugtuung kann festgestellt werden, daß sich die Mitspielenden diesen gelungenen Spiel auf das Beste angepaßt hatten. Es würde zuweit führen, die Leistungen der wackeren Schar im Einzelnen gebührend zu würdigen, deshalb sei es genug, wenn wir ein Gesamtlob aussprechen. Nur einen der Mitspielenden möchten wir nicht unerwähnt lassen, es ist Otto Hirschhäuser, der den Barbier ganz ausgezeichnet spielte, außerdem war auch seine Gesangsleistung sehr gut. Tosender Beifall lohnte nach jedem Akt die tüchtigen Spieler, ein Beifall, der sich wiederholt bei offener Szene löste. Wie wir hören, ist die Ausstattung Eigentum der Gesellschaft. Und so dürfen wir wohl Wiederholungen von „Bänzerliesel" erwarten. Wir sprechen hiermit auch wohl einen allgemeinen Wunsch aus. Die Gesellschaft macht sich durch derartige Darbietungen um die Allgemeinbildung wirklich verdient. Es wäre zu empfehlen, wenn die Gesellschaft Derartiges auch an anderen Plätzen, wie Milspe, Voerde etc. zur Aufführung gelangen ließ. Wir wünschen der Gesellschaft „Gemütlichkeit" für die Wiederholungen und alle weiteren Darbietungen die besten Erfolge. H. F.

Sprechsaal.

(Unter dieser Rubrik gewähren wir allen Bürgern und Parteien freie Rede. Wir übernehmen für alle Einsendungen jedoch nur die preßgesetzliche Verantwortung. Die Schriftleitung.)

Zur Lohnbewegung der Straßenbahner wird uns vom Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner folgendes mitgeteilt:

Für die Gruppen 9, 10, 11 (34 Straßenbahnen) des A. G. V. der deutschen Straßen-, Klein- und Eisenbahnen war am 17. Januar durch einen vom Reichskommissar Mehlich, auf Grund der Verordnung am 23. Dezember 1918 eingesetzten Schlichtungsausschuß, dem sowohl von Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerseite, ein Sachverständiger beigegeben war, durch Schiedsspruch eine Lohnbewegung zum Abschluß gebracht worden. Die beteiligten Arbeitnehmerorganisationen haben den Schiedsspruch, wie bisher jeden, angenommen. Der Arbeitgeberverband hat dagegen den Schiedsspruch abgelehnt. Um zu diesem ablehnenden Standpunkt Stellung zu nehmen, war von den Organisationen zum 29. Januar eine Konferenz der Straßenbahner einberufen. Diese Konferenz hat einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Die Konferenz der Straßenbahner der Gruppe 9—11 (rheinisch-westfälisches Industriegebiet) hat von der Entscheidung der Arbeitgeber in der Lohnstreitsache Kenntnis genommen. Nach diesem Entscheid wird der Schiedsspruch vom 17. Januar 1921 von den Arbeitgebern abgelehnt. Dafür wird in Vorschlag gebracht: 1. zur anderweitigen Entscheidung das Reichsarbeitsministerium anzurufen. 2. bis zu dieser Entscheidung dem Personal einen auf die kommende Lohnerhöhung zu verrechnenden Vorschuß von 75 bis 150 ℳ zu zahlen."

Die Konferenz ist nach reiflicher Prüfung aller in Betracht kommenden Verhältnisse zu folgendem Entschluß gekommen: „Das Personal der genannten Bahnen hat sich bei der Aufstellung seiner Lohnforderungen in den Grenzen gehalten, die nur das Existenzminimum darstellen. Der Schiedsspruch vom 17. Januar ist demnach erheblich hinter den Forderungen der Arbeitnehmer zurückgeblieben. Um den wirtschaftlichen Frieden zu wahren, der für das Industriegebiet von besonderer Wichtigkeit ist, haben die Arbeiter und Angestellten sich dennoch bereit erklärt, den einstimmig gefaßten Schiedsspruch anzunehmen. Mit dieser Annahme hat das gesamte Personal erhebliche Opfer gebracht, die nicht mehr ausgedehnt werden können. Mit der Anrufung des Reichsarbeitsministers kann nur bezweckt werden, daß die durch den Schiedsspruch schon herabgesetzten Lohnforderungen noch weiter reduziert werden sollen. Das muß die Konferenz entschieden ablehnen und wird daher den Anregungen des Arbeitgeberverbandes nicht folgen. Die Konferenz stellt vielmehr die Forderung, daß der Schiedsspruch von den Arbeitgebern voll anerkannt wird. Die Verbandsleitungen werden daher beauftragt, die geeigneten Schritte zu tun, um diesem Schiedsspruch die Rechtskraft zu verleihen. Sollte dies bis zum 5. Februar nicht erreicht sein, so werden die Verbandsleitungen ferner beauftragt, sofort eine neue Konferenz einzuberufen, welche über die weiteren Maßnahmen zu beschließen hat."

Kohlenbericht

des Kreiselektrizitätswerks Schwelm.
Kraftstation Gevelsberg.

Datum	Eingang t	Verbraucht t	Bestand t
31. 1.	355	108	717

Verantwortl. für die Schriftleitung: H. Boswinckel für den Anzeigen- u. Reklameteil: Wilh. Herkenrather beide in Gevelsberg.

Wasch- u. Putzfrau
sucht Wwe. Buschhaus, Mittelstraße 72, 1.

Jüngeres Mädchen
für einige Stunden vormittags gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Ztg.

Suche für meine Tochter Stelle als
Dienstmädchen
in einem bürgerl. Haushalt. Lohn nach Uebereinkunft. Zu erfr. in der Exp. d. Ztg.

Junge Kontoristin,
in Kurzschrift u. Maschinenschreiben bewandert, welche schon mehrere Jahre in der Eisenbranche tätig war und sämtliche Kontorarbeiten erledigt hat, sucht Stellung. Zeugnisse auf Wunsch.
Gefl. Angebote u. D. 88 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Junge Frau sucht Flickarbeit zu übernehmen.
Angebote unter Nr. 854 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Geld von 500 Mk. an auf jede Sicherheit sofort. durch Müller, Gevelsberg, Hochstr. 8.

Ev. Kirchengemeinde Gevelsberg.

Bibelstunde

heute abend ½8 Uhr, im Saale des Vereinshauses.
P. Schloemann.

Mittwoch, abend ½8 Uhr, im Betsaal Wegeisang.
Pastor Sinn.

Morgen, Mittwoch, nachmittags ½5 Uhr zu Schwelm, Jugendhalle (Brunnen):

Vortrag

des Herrn Direktors P. Burckhardt-Barmen:

„Die Judenfrage im Licht der Bibel."

Eintritt frei.

D. H. V.

Mittwoch, den 2. d. Mts., abends 8 Uhr, im Restaurant Hohoff:

Monats-Versammlung.

Tagesordnung wird bekannt gegeben.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Geschäfts-Uebertragung.

Den geehrten Damen von Gevelsberg und Umgebung zur gefl. Nachricht, daß ich mein seit vielen Jahren betriebenes

Damen-Putzgeschäft

mit dem heutigen Tage an Fräulein Fittkau und Fräulein Uhlenbrauck übertragen habe. Indem ich für das mir bisher in so reichem Maße erwiesene Wohlwollen bestens danke, bitte ich, dasselbe auch meinen Nachfolgerinnen zuteil werden zu lassen.

Hochachtend!

Joh. Urspruch Nachf.

Gevelsberg, den 1. Februar 1921.

Geschäfts-Uebernahme.

Bezugnehmend auf nebenstehende Anzeige bitten wir, das unserm Vorgänger erwiesene Wohlwollen auch auf uns übertragen zu wollen. Durch langjährige praktische Erfahrungen und als Leiterin eines größeren Damen-Putz-Ateliers sind wir in der Lage, allen an uns gestellten Forderungen gerecht zu werden.

Wir werden stets bemüht bleiben, auf dem Gebiete des

Damen-Putzes

nur das Modernste und Hervorragendste zu bieten und zeichnen, unter Zusicherung prompter Bedienung und billigst gestellter Preise,

hochachtungsvoll

Elly Fittkau
Johanna Uhlenbrauck.

Gevelsberg, den 1. Februar 1921.

Wirtschaftliche Vereinigung Kriegsbeschädigter und Hinterbliebener Gevelsberg.

Donnerstag, den 3. Februar, abds. 8 Uhr, pünktl. i. Vereinslokal Hackenberg

Außerordentliche **Haupt-Versammlung.**

Der Vorstand.

Kurzschrift-Verein „Gesl. Feder" e. V. Gevelsberg.

Am Mittwoch, den 2. Februar, abends 8½ Uhr im Vereinslokal Hüttig, Schulten, Mittelstraße

Haupt-Versammlung.

Um vollzähliges u. pünktliches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Kurzschriftkundige Damen und Herren, sowie Freunde der Sache sind sehr willkommen.

Statt Karten.

Die glückliche Geburt eines

kräftigen Sonntagsjungen

zeigen erfreut an

Ernst und Hanny Nagel
geb. Brechmann.

Elberfeld, den 30. Januar 1921.
Bei St. Klinik Professor Dr. Martin.

Statt Karten.

Gerhard Glassmeyer
Mimi Glassmeyer
geb. Winschkowsky
Vermählte.

Gevelsberg, den 1. Februar 1921.
Mittelstrasse 27.

Für die uns erwiesene Aufmerksamkeit anläßlich unserer Vermählung sagen

herzlichen Dank

Otto Vollmann u. Frau.

Gevelsberg, im Februar 1921.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzspenden, bei dem schweren Verluste unseres geliebten Entschlafenen, sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie dem Turn- u. Stemmklub „Germania", dem Kriegsbeschädigten-Verband, Gewerkverein Deutscher Metallarbeiter und der Firma Regenitet unsern tiefgefühlten Dank.

Frau Klärchen Lübold,
Familie Gustav Lübold,
Familie Ww. Aug. Kropp.

Erstklassige, moderne

Schreibmaschinen
Kontor-Möbel
Papier- und Schreibwaren

preiswert sofort lieferbar.

Adolf Strathmann
Inh.: J. Knappe
Mittelstrasse 47. Telefon 509.

Theater Hüttig

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag ab 7 Uhr.

Wieder ein Ereignis!

Hella Moja die beliebte Darstellerin in dem großen, prunkvollen Monumentalfilm:

Gräfin Walewska

(Napoleons Liebe).

Grosses historisches Filmspiel in 6 Akten. Ort der Handlung: in und bei Warschau 1806/7. Im stilvollen Rahmen histor. Räume sehen wir die edle Gräfin Walewska bald als empörtes Weib, bald von Männern in heißer Liebe begehrt, auf den Knieen vor dem verbitterten Napoleon, dessen starres Herz sie zur Menschlichkeit zu erweichen sucht.

Charly Bill.

Eine Gaunergeschichte in 5 Akten.

Onkel Georgs Testament.

Lustspiel in 3 Akten mit Helene Voss.

Sparkasse der Stadt Gevelsberg und des Amtes Gennep.

Donnerstag, den 3. Februar, nachmittags 5 Uhr:

Sitzung

der Verwaltung im Sparkassenlokale.

Die nächste Sitzung

der Gemeindevertretung von Mühlinghausen findet am Donnerstag, den 3. Febr. 1921, nachmittags 5 Uhr, im Sitzungszimmer des Amtshauses statt.

Die Tagesordnung ist an der Amtstafel ausgehängt.

Milspe, 28. Jan. 1921.

Der Amtmann:
Burmann.

Rohrstühle

werden geflochten.

Cramer,
Wuppertal, Fr.-str. 80.
Postkarte genügt.

Ia. Zuchthahn

zu verkaufen.

Näheres i. d. Geschäftsst.

Wohnungstausch.

Kaufgesuch Gevelsberg.

Abgeschlossene 3 Zimmer-Wohnung, 2 Mansarden, ein Ladenlokal in Wohnung od. geg. eine 3 Zimmer-Parterre-wohnung zu vertauschen.

Ang. an Daudelmann, Haspe, Leimstr. 33.

Gutes möbliertes Zimmer

mit voller Pension kann an einen besseren Herrn sofort abgegeben werden.

Zu erfr. in der Geschäftsst.

Junge Leute erhalten guten bürgerlichen

Mittags- u. Abendtisch.

Brüderstr. 21, II. Etg.

Hiesiges Fabrikgeschäft sucht zum 1. April oder früher

kaufm. Lehrling

mit höherer Schulbildung zur gründl. Ausbildung.

Selbstgeschriebene Angebote unter M. 775 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Wir suchen eine

Frau

für die Vernickelei.

Schulte & Lange.

Möglichst per sofort

Kontoristin

(kleine Anfängerin) mit Maschinenschreiben, Stenographie und sonstigen Büroarbeiten vertraut, gesucht.

Angebote mit Zeugnis-Abschriften unter Z. Z. 311 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Für die Registratur

jüngeres Fräulein

gesucht, welches auch Korrespondenzen und Schreibmaschine bedienen kann.

Angebote unter Nr. 601 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Wir suchen für bald ein

Lehrmädchen

für unser Kontor. Nur solche, die die Handelsschule besucht haben wollen ihr Angebot mit Zeugnis einsenden an

Gebr. Rosenthal.

Kaufen Sie

Dixin
von Henkel

bestes

Seifenpulver

Preis Mk. 2.25 das Paket.

Alleinige Fabrikanten:
Henkel & Cie., Düsseldorf.

Aetznatron
(Seifenstein),
Alaun,
Kali zum Härten,
Salmiak,
Borax,
Blutstein,
Kleesalz.

Für industrie billigste Bezugsquelle.

Germania-Drogerie
Herr. Köhler
(Fernsprecher 736).

Buchen Brennholz

mit etwas Eiche zu 5.50 Mk. pro Zentner ab Wald zu verkaufen. Größere Quanten billiger und übernehme dafür auch Anfuhr.

Loessnitz.
Hegde-Volmarstein.
Tel. Wetter 144.

Wirtschaft od. ländl. Besitzung

bei voller Auszahlung zu kaufen gesucht. Angebote u. Nr. 101 a. d. Gastroper Zeitung Gastrop.

Empfehle für morgen sowie jeden Tag

dickes, fettes Fleisch,

sowie sämtliche

Wurstsorten

zur gefl. Abnahme

Fritz Korten
Mittelstr. 109. Telefon 388.

Morgen eintreffend:
1 Waggon
Soester Brot,
Bauernstuten.

Carl Hahn
Hagener Str. 43.

---

1 besserer

Füllofen mit Rohr

abzugeben.

Ludwig Regelmann, Schulenstr. 14.

Guterhaltener fast neuer

Ueberzieher,

ganz auf Futter gearbeitet, für 200 Mk. zu verkaufen. Näh. in der Geschäftsst. d. Ztg.

Künstlerspiele Gevelsberg

Vereinigung von Künstlern des Stadt. Schauspielhauses, Hagen.
Künstlerische Leitung u. Ansage: Spielleiter F. W. Hanschmann.

Operetten-Abend

Mittwoch, den 2. Februar, abends punkt ½8 Uhr, im Saale des Herrn R. Hackenberg, Mittelstr. 102.

Die schöne Galathee.

Operette in 1 Akt von Suppé.

Pygmalion, ein junger Bildhauer . . . . . Alfred Lang.
Ganymed, sein Diener . . . . . Adolf Wahringer.
Midas, Kunstenthusiast . . . . . F. W. Hanschmann.
Galathee, eine Statue . . . . . Mitz v. Canova.

Lachen! **Das Versprechen hinter dem Herd.** Lachen!

Komische Operette in 1 Akt von Alexander Baumann.

Michel Quantner, Wirt in der Abteaau . . . . Adolf Wahringer.
Lotsi, sein Sohn . . . . . Alfred Lang.
Nandl Alanzia, im Dienst bei Quantner . . . . Mitz v. Canova.
Freiherr v. Strizow . . . . . F. W. Hanschmann.

Preise der Plätze: Num. Sperrsitz 10 Mk. einschl. Lustbarkeitssteuer.
1. Platz 8 „
2. „ 6 „

Vorverkauf bei Herrn Rich. Hackenberg, Mittelstraße 102.

Tüchtig. Mädchen

für sofort oder bald 15. Februar gesucht. Ich suche ich ein erfahrenes, nicht zu junges

Morgen- oder Zweitmädchen,

welches zu Hause schlafen kann. Erstmädchen vorhanden.

Frau Friedr. Boddaber jr.
Hasslinghausenstr. 213.

Für sofort tüchtiges, fleißiges

Mädchen

gesucht.

Frau G. Kretting, Schwerin.
Barmer Str. 58.